

# Solidarität stärken, Militarisierung und Repression überwinden!

von Claudia Haydt

Der Diskursraum wird enger, der Gegenwind für abweichende Meinungen stärker – das erleben zurzeit viele Menschen, die friedenspolitische Positionen vertreten. Ein Blick in die Geschichte scheint zu bestätigen: Je militaristischer die Zeiten, desto schmaler wird der Meinungskorridor. Trotz aller Repression – vom Schulausschluss über Entzug von Räumlichkeiten und Auflösung von Veranstaltungen bis zu Polizeigewalt auf Demonstrationen – wir agieren hierzulande dennoch in einem eher privilegierten Rahmen. Wer sich in Russland, China, der Türkei oder Israel für Frieden und Versöhnung einsetzt, riskiert deutlich stärkere Repressionen. Dennoch wäre es falsch die aktuelle Situation in Deutschland herunterzuspielen. Wir erleben den größten Aufrüstungsschub seit 1945 und eine politische Debatte, die dominiert ist von der Frage, wie die Militärausgaben noch stärker wachsen können – auf 2 Prozent, 3 Prozent, 3,5 Prozent oder gar 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wie sollen und können wir mit dieser Situation umgehen und wie sind die Rahmenbedingungen für Opposition dagegen? Welche Mechanismen können wir feststellen und vor allem, wie können wir Friedensstimmen stärken?

## Schweigespирale und Kommunikation in Blasen

Wer einem hegemonialen Diskurs gegenübersteht, schweigt über seine abweichenden Positionen oft auch ohne Verbote – aus Unsicherheit oder Angst. Doch genau das Schweigen ist der größte Fehler, denn wie sollen Menschen erfahren, ob sie mit ihren Fragen, ihren Unsicherheiten oder auch ihren Positionen alleine sind, wenn keine abweichende Stimme hörbar ist?

Dieser Mechanismus ist als Schweigespирale bekannt und funktioniert folgendermaßen: Wenn klassische oder soziale Medien durch eine bestimmte Art der Berichterstattung das Gefühl entstehen lassen, dass ein bestimmter Standpunkt in der Gesellschaft vorherrscht, dann werden diejenigen, die ähnlich denken, ihre Meinung selbstbewusster vertreten. Diejenigen dagegen, die sich im veröffentlichten Diskurs nicht wiederfinden, werden ihre Meinung häufiger für sich behalten, um sich nicht gesell-

schaftlich zu isolieren. Über diesen Mechanismus entsteht ein Prozess, in dem diejenige Position gestärkt wird, die als Meinung der Mehrheit dargestellt wird.

Individuelle Auswege aus einer solchen Lage zu finden, das mag nicht einfach sein. Als niedrigschwellige Alternative zum Schweigen gibt es aber auf jeden Fall die Möglichkeit, Unsicherheiten und Fragen zu kommunizieren und auf diesem Weg aus der Isolation zu kommen.

Die Theorie der Schweigespирale wurde in Zeiten vor der Etablierung der sozialen Medien entwickelt. So wichtig es sein kann, sich in Gruppen von Gleichgesinnten zu vergewissern, dass man nicht völlig allein mit seinen Positionen steht, so verführerisch ist es dann auch, sich nur in Filterblasen von Gleichgesinnten zu bewegen. Denn sobald man seine Blase verlässt und in anderen Kontexten – bei der Arbeit, im Verein oder auch in der Gewerkschaft – Argumente austauscht, dann kann es auf einmal sehr viel schwieriger werden. Argumente, die bei Gleichgesinnten gut ankommen, werden dann möglicherweise anders konnotiert und treffen auf andere Argumentationsmuster und andere Reaktionen.

## Gewalt und Repression

Wer den Schutz seiner Filterblase verlässt, kann unterschiedliche Intensitäten von Gegenwind erleben, vom leichten Raunen zum ausgewachsenen Shitstorm. Immer stärker wird auch die öffentliche Repräsentanz von abweichenden Positionen über rechtliche Mechanismen reguliert. Die Verschärfung der Polizeigesetze in den letzten Jahren haben hierfür weitreichende Möglichkeiten geschaffen, wie etwa sogenannter präventiver Unterbindungsgewahrsam vor politischen Protesten. Entzug von Räumlichkeiten für Veranstaltungen, Entlassungen oder politisch begründete Exmatrikulationen verschärfen – selbst wenn im Nachhinein gerichtlich deren Unrechtmäßigkeit festgestellt wird – zusätzlich das Klima der Angst. Noch existentieller wird es, wenn der Aufenthaltsstatus von Menschen in unserem Land durch politische Betätigung gefährdet wird, was zum Beispiel politisch aktive Kurdinnen und Kurden schon seit längerer Zeit erleben.



Quelle: Rob Bogaerts / Anefo, CC0, via Wikimedia.

Durch von der CDU propagierte, zusätzliche Regelungen im Staatsbürgerschaftsrecht (Fünf-Punkte-Plan) könnten Menschen für politische Betätigung mit Entzug der Staatsbürgerschaft bestraft werden.

Das Ergebnis dieser Einzelmaßnahmen, gekoppelt mit Willkür und teils auch Machtmissbrauch, ist ein so genannter „Chilling Effekt“ – in anderen Worten ein Abkühlen des gesellschaftlichen Klimas. Ein besonders augenfälliges Beispiel für diesen Chilling-Effekt ist der Umgang von Polizei und Öffentlichkeit mit denjenigen, die im Nahostkonflikt für Frieden eintreten, die die Opfer auf beiden Seiten betrauern, die die deutsche Verantwortung für die Massaker in Gaza benennen und deswegen pauschal als Pro-Palästina- und Pro-Hamas-Aktivist\*innen gebrandmarkt werden.

Das „Archive of Silence“<sup>41</sup>, ein digitales Archiv, dient als Plattform für Stimmen, die den starren politischen Mainstream der Bundesregierung in Bezug auf die Israel-Palästina-Frage nicht teilen und deshalb an den Rand gedrängt oder zum Schweigen gebracht wurden. Das Archive of Silence sammelt Fälle von Unterdrückung und sorgt dafür, dass diese Ungerechtigkeiten dokumentiert werden.

Diffamierung, Verbot von Symbolen, absurde Auflage für Demonstrationen, Polizeigewalt, Entzug von Räumen und Fördergelder, Auszeichnungen, die zurückgenommen werden, das sind nur einige Mechanismen, die abweichende Stimmen zum Schweigen bringen sollen. Das Archive of Silence dokumentiert, dass besonders häufig People of Colour (PoC), Menschen die als muslimisch beziehungsweise arabisch gelesen werden und ein auffällig großer Anteil an jüdischen Menschen Opfer solcher Formen von Repression werden. So stehen etwa die „Jüdische Stimme für einen Gerechten Frieden“ aber auch viele andere linke Menschen, die sich als jüdisch identifizieren, im Fokus. Auf Berliner Demonstrationen sind regelmäßig Slogans auf Arabisch, Gälisch und Hebräisch untersagt. Absurde Auflagen, die nach Einschätzung des Reporters Efthymis Angeloudis in einem Tagesschau-

Kommentar nur einen Schritt entfernt seien von „hier wird gefälligst Deutsch gesprochen“.<sup>2</sup>

Linke jüdische Menschen haben in Deutschland zunehmend weniger Möglichkeiten, ihre Unzufriedenheit mit den Handlungen des Staates Israel repressionsfrei zu artikulieren. Die Verzweiflung, Trauer und Wut von palästinensischen Menschen steht ohnehin schon seit Jahrzehnten unter Generalverdacht. Das Ergebnis ist, dass für Rufe nach Frieden, nach Waffenstillstand, nach Stopp von Rüstungsexporten die symbolische Repräsentanz zunehmend eingeschränkt wird.

### Versammlungsfreiheit unter Druck

Repression gegen Demonstrationen und Protest ist nicht neu, die Intensität und Systematik hat aber in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Seit 2023 beklagt Amnesty International<sup>3</sup> exzessiven Gewalteininsatz, zunehmende Überwachung und gesetzliche Regelungen, die sowohl weitreichende Einschränkungen ermöglichen als auch willkürlich angewandt werden. Besonders Klimaproteste und Demonstrationen gegen die Kriegspolitik der israelischen Regierung sind nach Einschätzung von Amnesty im Fokus der Behörden. Auch die Vereinten Nationen rügen das harte Vorgehen und die Kriminalisierung von Klimaprotesten in Deutschland. In einem Bericht<sup>4</sup>, der auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorgestellt wurde, wird bereits 2021 bemängelt, „dass es beim Einsatz für mehr Klimaschutz weltweit zu vielfältigen Einschränkungen hinsichtlich der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gekommen ist.“ Der Bericht ruft Staaten auf, „zivilen Ungehorsam und gewaltfreie Aktionen im Kontext des Klimaschutzes zu ermöglichen – gerade in Anbetracht des großen öffentlichen Interesses an der Förderung von Klimagerechtigkeit.“ Der Bericht bezeichnet Straßenblockaden als „ein zentrales und legitimes Mittel des Protests sozialer Bewegungen auf der ganzen Welt.“<sup>5</sup>

Klimaprotestierende werden zwischenzeitlich als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung verfolgt und angeklagt. Klimaaktivismus bringt die Gefahr mit sich, wie in früheren Berufsverbotszeiten, nicht zum Lehramt<sup>6</sup> zugelassen zu werden. Bei Gruppen, die als kriminelle Vereinigung gelten, könnte selbst ein geteilter Beitrag auf Social Media rechtliche Folgen haben. Doch es geht noch schlimmer: Mit dem Unwort des Jahres 2022 „Klimaterroristen“ werden Aktivistinnen und Aktivisten, die sich für ein Überleben auf unserem Planeten einsetzen, in die Nähe von menschenverachtendem Terrorismus gerückt.

Auch der Bereich der Kunst, Kultur und Wissenschaft ist zunehmend von Repression betroffen. Befristete Verträge von Wissenschaftler\*innen werden nicht verlängert und Versuche, Forschungsgelder an politisches Stillhalten zu knüpfen, nehmen zu. Künstler\*innen und Wissenschaftler\*innen, die sich kritisch zur Militärpolitik Israels geäußert haben, werden in so großer Regelmäßigkeit in

Deutschland gecancelt, dass sich zunehmend internationale Künstler\*innen weigern, überhaupt Preise aus Deutschland anzunehmen. Überhaupt wird international die Einengung des Meinungskorridors in Deutschland wesentlich stärker thematisiert als in Deutschland selbst. Jüngst hat der US-amerikanische Künstler und Kurator Fareed Armaly<sup>7</sup> sich wegen dem von ihm konstatierten „beunruhigenden Trend der Zensur in Deutschland“ geweigert, den Käthe-Kollwitz-Preis der Berliner Akademie der Künste anzunehmen. Armaly beklagt „strukturellen Rassismus“ und einen „reaktionären Wandel“ in der offiziellen Kulturpolitik.

Unabhängig davon, ob man die Schärfe von Armalys Vorwürfen teilt oder nicht, das Klima der Angst wächst. Der Umgang deutscher Institutionen mit Veranstaltungen wie dem im April 2024 geplanten Palästinakongress in Berlin lässt tief blicken. Damals wurde der Kongress mit 250 Teilnehmer\*innen von 2.500 Polizist\*innen gestürmt und aufgelöst, ohne dass – auch nach Angaben der Senatsverwaltung Berlin – auch nur eine Straftat begangen wurde. Renommierete Menschenrechtsaktivist\*innen wurden an der Einreise gehindert, darunter auch der frühere griechische Finanzminister Yanis Varoufakis. In Wien konnte im Herbst 2024 ein ähnlicher Kongress trotz medialer Hetze und Entzug der Räumlichkeit schlussendlich an einem alternativen Ort stattfinden – und wurde nicht gestürmt. Ein Jahr zuvor wurden übrigens einem internationalen Friedenskongress zur Ukraine nach medialer Hetze die Räume entzogen und auch dieser fand schließlich mit Teilnehmer\*innen aus Russland und der Ukraine an einem alternativen Ort in Wien statt. Entzug von Räumlichkeiten ist generell ein weit verbreitetes Mittel, das den Aufwand für Veranstaltungen zu Friedens- und Menschenrechtsthemen deutlich vergrößert.

### **Instrumentalisierung der deutschen Vergangenheit**

Zunehmend wird die deutsche Vergangenheit dazu genutzt, um Tabus zu brechen. 1999 begründeten Joschka Fischer und Rudolf Scharping den Jugoslawienkrieg mit „Nie wieder Ausschwitz“. In Folge dessen bombardierte die deutsche Luftwaffe erstmals wieder Regionen, in denen vor 1945 Hitlers Militärs wüteten und das Tabu deutscher militärischer Kampfeinsätze im Ausland wurde somit erfolgreich gebrochen. Damit war die Türe offen für die Bundeswehr als globale Einsatzarmee und für die dafür nötige Umstrukturierung und Aufrüstung.

So werden die Lehren aus der deutschen Vergangenheit pervertiert und das Leid der Opfer für Machtpolitik instrumentalisiert. Die notwendigen und wichtigen Schlüsse aus den faschistischen Verbrechen hat die internationale Gemeinschaft nach dem Ende des Nationalsozialismus in Deutschland gesucht und ganz zentral mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gefunden und artikuliert. Darin wird klar festgehalten: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten gebo-

ren.“ Leider stehen zurzeit nahezu alle Artikel dieser Charta unter Beschuss, vom Asylrecht, dem Folterverbot, Schutz vor Diskriminierung bis zur Versammlungs- und Meinungsfreiheit.

Umso mehr müssen wir, als Teil der Friedensbewegung, die Rechte aller Menschen unterschiedslos verteidigen. Deswegen ist es richtig den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zu verurteilen, die Angriffe des russischen Militärs auf zivile Infrastruktur wie die Energieinfrastruktur klar als Verbrechen benennen. Zivilist\*innen sind für uns niemals legitime Ziele für militärische Angriffe. Das Völkerrecht verurteilt unterschiedslose Angriffe gegen Zivilist\*innen, deswegen sind alle Waffen, die unterschiedslos töten, zu ächten wie Atombomben, Minen oder Streumunition.

Es ist deswegen ein Angriff auf Zivilist\*innen, egal ob es um Schlachtfelder in der Ukraine, in Russland oder in anderen Regionen der Welt geht, wenn von Militärs Streumunition und Minen eingesetzt werden. Diese Waffensysteme töten nicht nur in der Gegenwart, sondern sind auch noch in Jahren und Jahrzehnten eine Gefahr für das Leben und die körperliche Unversehrtheit von Zivilist\*innen.

Als Großbritannien Streumunition an die Ukraine lieferte, erinnerte Medico International daran, dass Menschenrechte universell sind und nicht als selektives Argument herangezogen werden dürfen: „Das Völkerrecht darf aber nicht nur dann in Anspruch genommen werden, wenn es der eigenen Position dient, sondern ist als Schutz verallgemeinerbarer Menschenrechte unabdingbar, auch und gerade in Kriegszeiten. Das ist die Grundlage, auf der jedweder Einsatz von Streumunition zu verurteilen ist. Denn am Ende bleibt ein Völkerrechtsbruch ein Völkerrechtsbruch.“<sup>8</sup>

Hierzulande erleben wir, dass universelle Menschenrechte und Völkerrecht durch den Verweis auf die deutsche Staatsräson relativiert werden. Doch das ist pervers und schwächt das Völkerrecht.

### **Kontext ist keine Rechtfertigung**

Friedensaktivist\*innen und Friedenswissenschaftler\*innen sind zunehmend mit dem Vorwurf konfrontiert, dass der Verweis auf den Kontext von Verbrechen eine Rechtfertigung darstelle. Der Kontext von Konflikten (Kriegen, Bürgerkriegen, Massakern usw.) ist jedoch notwendig zur Analyse von Konfliktdynamiken und notwendig, um Konflikte bearbeiten zu können. Diese deskriptive Herangehensweise ist nicht gleichzusetzen mit einer normativen Bewertung. Auf der normativen Ebene bleibt ein Angriff ein Angriff und ein Verbrechen ein Verbrechen, auch wenn ich mich darum bemühe zu verstehen, welche Vorgeschichte und welche strukturellen Rahmenbedingungen es gibt. Wer aber diese Verbrechen als Rechtfertigung für weitere Verbrechen heranzieht, wird die Spirale von Gewalt und Gegenwelt nie durchbrechen.

Die Unterdrückung, Abriegelung, Ermordung, Entrechtung der Menschen in Gaza und der Westbank rechtfertigt nicht den wahllosen Angriff und das Massaker an Zivilist\*innen am 7. Oktober 2023. Die Gräueltaten und die Entführungen am 7. Oktober rechtfertigen nicht den wahllosen Angriff auf und die flächendeckende Zerstörung von Menschenleben und ziviler Infrastruktur in Gaza. Die völkerrechtswidrige Kriegführung der israelischen Armee wiederum rechtfertigt keine Angriffe auf jüdische Einrichtungen weltweit. Diese Angriffe rechtfertigen nicht das Verbot von und die massiven Angriffe auf Protestveranstaltungen gegen den Krieg in Gaza und der Westbank. Ich wiederhole: Kontext ist nicht gleichzusetzen mit Rechtfertigung!

### **Gefährliche Zeiten für Journalist\*innen**

Guter Journalismus kann dazu beitragen, die Hintergründe von Kriegen zu verstehen und diese nicht nur aus der Perspektive der Feldherren zu sehen, sondern die betroffenen Menschen sichtbar zu machen. Doch genau dieser Journalismus wird zunehmend zum Hochrisikoberuf. Wenn Journalist\*innen zu Terrorist\*innen erklärt werden, dann werden sie de facto zum Abschuss freigegeben. Wenn deutsche Medien solche Zuschreibungen unhinterfragt übernehmen, dann sind sie in der Konsequenz mitverantwortlich für die Risiken, denen ihre Kolleg\*innen ausgesetzt sind.

Der Journalist Fabian Goldmann kommentiert diesen Mechanismus auf seinem Instagram-Account: „Wenn die israelische Armee Jagd auf die letzten Journalisten in Gaza macht, kann man sich entweder - wie viele Medien und Menschenrechtler weltweit - mit den Betroffenen solidarisieren. Oder man macht es wie die Süddeutsche Zeitung @sz und die @abendzeitung und nutzt die Propaganda, um Palästina-Aktivist\*innen in Deutschland zum Abschuss freizugeben - und die eigenen Kollegen in Gaza gleich mit.“

Es gibt allerdings auch positive Beispiele, bei denen Journalist\*innen das politische Framing nicht unhinterfragt übernehmen. Nach einem Angriff auf das internationale Begegnungszentrum Dar-Assalam im Libanon im Oktober 2024 durch die israelische Luftwaffe akzeptierten Journalist\*innen<sup>9</sup> die Verlautbarungen der israelischen Armee nicht. Sie recherchierten selbst und fanden heraus, dass sich bei den zahlreichen Toten und Verletzten und auch bei allen weiteren Anwesenden im „Haus des Friedens“ um schutzsuchende Zivilist\*innen handelte.

Das Auswärtige Amt kommentiert auf X: „Das von deutschen Organisationen unterstützte Begegnungszentrum Dar al-Salam im Libanon wurde von einem Luftangriff getroffen. Dabei wurden 6 Menschen getötet. Wir stehen dazu mit der israelischen Regierung in Kontakt und erwarten vollständige Aufklärung.“ In dem Post wird Israel als Akteur nicht benannt und keine unabhängige

Aufklärung des Verbrechens gefordert. Bis heute gibt es keine zufriedenstellende Erklärung der israelischen Militärs und erst recht keine Entschuldigung.

Einen Tag nach dem israelischen Angriff auf das deutsch-libanesische Friedensprojekt kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz weitere Waffenlieferungen nach Israel an.

### **Schritte gegen Repression und für Frieden**

Es liegt an uns, Menschenrechtsbrüche nicht zu akzeptieren und besonders dort, wo die Regierungen im eigenen Land direkt oder indirekt beteiligt sind, genau hinzusehen. Das Demonstrationsrecht und die Versammlungsfreiheit sind hohe Güter; wenn wir sie nicht verteidigen, verlieren wir sie.

Nötig ist zu allen Kriegen eine vollständige Berichterstattung, denn halbe Wahrheiten können ganze Lügen sein. Dabei sollten auch vom Mainstream abweichende Positionen sichtbar werden.

Friedenskämpfer\*innen brauchen sowohl Mut zum Dissens als auch Respekt vor anderen Positionen. Grundsätzlich verdienen alle Opfer von Krieg und Gewalt Empathie, denn wir dürfen nie vergessen: Menschenrechte sind unteilbar. Wir sagen Nein zu einer Politik von Macht und Gewalt und Ja zu Dialog und Abrüstung.

Zu jedem Aktivismus gehört auch Solidarität mit Betroffenen von Repression. Systematische Angriffe auf Demonstrationsfreiheit und Versammlungsfreiheit sollten wir nie akzeptieren und uns auch nie in der Sicherheit wiegen, dass eventuell gerade andere Gruppen im Fokus stehen. Freiheitsrechte, die einzelnen Gruppen genommen werden, werden Allen genommen. Was an einer Gruppe erfolgreich durchgesetzt wurde, wird auch vor weiteren nicht Halt machen.

### **Anmerkungen**

- <sup>1</sup> <https://www.theleftberlin.com/archive-of-silence/>
- <sup>2</sup> Kommentar zu Sprach-Auflagen bei Pro-Palästina-Demo: Kurz vor „hier wird gefälligst Deutsch gesprochen“, tagesschau.de, 9.2.2025; Flakin, Nathaniel: Gaeilge: Gefährliche Sprachverbote bei Pro-Palästina Camp, Neues Deutschland, 29.4.2024.
- <sup>3</sup> Deutschland: Protect the Protest: Gegen pauschale Verbote von Demonstrationen für die Rechte von Palästinenser\*innen, www.amnesty.de, 12.9.2023.
- <sup>4</sup> Exercise of the rights to freedom of peaceful assembly and of association as essential to advancing climate justice, ohcr.org, A/76/222.
- <sup>5</sup> Klima der Kriminalisierung, Deutsche Gesellschaft für Vereinte Nationen, 28.8.2023.
- <sup>6</sup> Zweifel an Verfassungstreue: Bayern schließt Klimaaktivistin vom Lehramt aus, tagesspiegel.de, 11.2.2025.
- <sup>7</sup> 2025 Käthe Kollwitz Prize, fareedarmaly.net, 24.7.2024.
- <sup>8</sup> Völkerrechtsbruch ist Völkerrechtsbruch, medico.de, 13.07.2023.
- <sup>9</sup> Krieg im Libanon: Raketen auf Zivilisten, monitor.de, 24.10.2024.